

Nachrichten aus Brüssel

@ greens87 - stock.adobe.com

Sonderausschuss zur Corona-Pandemie

Das Europäische Parlament hat einen Sonderausschuss eingesetzt, der sich mit den Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie auseinandersetzen wird und darauf aufbauend Empfehlungen für die Zukunft ausarbeiten soll. Der neue Sonderausschuss wird aus 38 Europaabgeordneten bestehen.

Zu den Themenfeldern, denen sich der neue Sonderausschuss widmen wird, gehören neben der besseren Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten im Falle grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren auch die strategische Autonomie der EU bei der Gesundheitsversorgung und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten.

Konsultation für EU-Quecksilberverordnung

Zur Vorbereitung auf die für das vierte Quartal 2022 geplante Revision der EU-Quecksilberverordnung hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet. Mit dieser Initiative erhofft sich die Brüsseler Behörde Denkanstöße für die anstehende Überarbeitung der 2017 verabschiedeten EU-Quecksilberverordnung.

Übergeordnetes Ziel der Kommission ist es, den Verbrauch von Quecksilber, wie es derzeit bei Dentalamalgam und in bestimmten anderen Produkten wie Leuchtmitteln und Messgeräten der Fall ist, aus Gründen des Umweltschutzes weiter zu reduzieren. Die EU-Initiative muss im Zusammenhang mit den laufenden Bestrebungen gesehen werden, das 2013 abgeschlossene UN-Abkommen von Minamata zur weltweiten Reduktion des Quecksilberverbrauches weiterzuentwickeln.

Kampf gegen antimikrobielle Resistenzen

Schätzungsweise 33 000 Menschen sterben pro Jahr in der EU, weil Antibiotika nicht mehr wirken. Experten gehen von einer deutlichen Zunahme dieser Zahl in den kommenden Jahren aus. Vor diesem Hintergrund plant die Europäische Kommission für das vierte Quartal 2022 neue Empfehlungen für den Kampf gegen antimikrobielle Resistenzen, die durch den übermäßigen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sowie durch eine unsachgemäße Verschreibung, Einnahme und Entsorgung von

antibiotikahaltigen Arzneimitteln entstehen können. Die Empfehlungen sollen von den im Rat versammelten EU-Mitgliedsstaaten noch vor Jahresende angenommen werden.

Zur Vorbereitung auf die Empfehlung hatte die Europäische Kommission im März eine Sondierung durchgeführt, an der sich die interessierte Öffentlichkeit beteiligen konnte. Der Kampf gegen antimikrobielle Resistenzen ist einer der wesentlichen gesundheitspolitischen Schwerpunkte der amtierenden EU-Kommission.

Schnellere Anerkennung von Berufsqualifikationen

Die EU-Kommission hat eine Empfehlung zur schnellen Anerkennung beruflicher Qualifikationen von Geflüchteten aus der Ukraine veröffentlicht. Die Empfehlung enthält Leitlinien und praktische Ratschläge für die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedsstaaten. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton rief die EU-Staaten dazu auf, akademische und berufliche Qualifikationen von Geflüchteten aus der Ukraine schnell und unbürokratisch anzuerkennen. Er unterstreicht, dass dies ein wichtiger Schritt sei, um Kriegsflüchtlingen zu sinnvoller Beschäftigung zu verhelfen und zugleich ihre Integration zu fördern.

Zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der raschen und flexiblen Anerkennung von Qualifikationen hat die EU-Kommission eine Reihe von praktischen Maßnahmen ergriffen. So stellt die Brüsseler Behörde eine „eTranslation-Anwendung“ zur Verfügung, um den wachsenden Bedarf an rascher und verlässlicher Übersetzung aus dem Ukrainischen gerecht zu werden. Zudem soll eine Übersetzung aus dem Russischen möglich sein, da viele Fachkräfte in der Ukraine ihre Diplome auf Russisch erworben haben.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK